

EP-FR-01-138 C – Was Frieden schützt

Antragsteller*in: BAG Mobilität & Verkehr

Beschlussdatum: 04.10.2023

Änderungsantrag zu EP-FR-01

Von Zeile 138 bis 143:

~~In vielen Teilen der Welt, vor allem im Globalen Süden, gibt es einen gewaltigen Investitionsbedarf, um Wachstum, Mobilität und Wohlstand unter der Bedingung der Klimaneutralität zu erreichen. Auf diesen Bedarf antwortet bislang vor allem das chinesische Programm einer „neuen Seidenstraße“. Die europäische Global-Gateway-Strategie wollen wir zu einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das Partnerländern eine Alternative zur chinesischen Politik anbietet, die durch starke finanzielle Abhängigkeiten etabliert wird.~~

Kooperation mit Teilen der Welt, vor allem dem Globalen Süden, heißt für uns, auf Augenhöhe miteinander zu arbeiten. Wir setzen nicht westliche Maßstäbe, sondern orientieren uns an den Bedürfnissen der Menschen und ihrer Lebensrealität auf der Basis einer feministischen Entwicklungs- und Außenpolitik. Investitionsbedarfe für Wachstum, Mobilität und Wohlstand folgen einer dekolonialen und antirassistischen Haltung. Wachstumsdefinitionen orientieren sich an der Zielerreichung der SDGs. Feministische Entwicklungs- und Außenpolitik prägt bereits jetzt internationale Kooperationen. Sie stellt patriarchale Machtstrukturen infrage, stärkt die Teilhabe von Frauen, Mädchen und marginalisierter Gruppen, unterstützt politische Partizipation für Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und ein friedliches Miteinander. Infrastrukturplanung z.B. bedeutet zuerst Invest in klimafreundliche Verkehrsträger wie die Schiene. Die Urbanisierung der kleineren Städte darf nicht dem motonormativen Modell westlicher Industrienationen folgen. Entwicklung auf Augenhöhe und gendergerecht heißt, den Schutz der Menschenrechte zu stärken, Lieferketten zu diversifizieren und die Produktion von grüner Energie in unseren Partnerländern zu fördern

[Durch diesen Antrag ist auch der nachfolgende Satz erledigt: "Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren Partnerländern wollen wir damit klimaneutralen Wohlstand schaffen, den Schutz der Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren und die Produktion von grüner Energie in unserer Nachbarschaft fördern."]